

Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

18. November 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

am vergangenen Sonntag haben wir uns mit dem Koalitionspartner geeinigt: die Grundrente kommt! Frauen und Männer, die trotz eines langen Arbeitslebens nur wenig Rente beziehen, haben ab 2021 spürbar mehr in der Tasche. Wer 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat künftig Anspruch auf die Grundrente, wenn ansonsten die Rente zu niedrig wäre. Auch Jahre, in denen die eigenen Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt wurden, werden berücksichtigt. Dabei wird niemand zum Bittsteller beim Sozialamt. Es wird lediglich unbürokratisch das Einkommen geprüft – durch einen Datenaustausch zwischen Rentenversicherung und den Finanzbehörden. Die Diskussion um eine auskömmliche Rente nach einem langen Arbeitsleben zeigt aber auch, dass anständige Löhne, ein höherer Mindestlohn, mehr Tarifbindungen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung die Grundlage guter Renten sind. Dafür werde ich auch in Zukunft streiten!

Der Klimaschutz stand letzte Woche bei uns im Bundestag im Mittelpunkt. Wir haben nach intensiver Beratung das Klimaschutzgesetz unserer Umweltministerin Svenja Schulze verabschiedet. Damit verankern wir erstmals gesetzlich verbindliche Klimaziele für Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Energie und Industrie. Gleichzeitig tragen wir mit hohen Investitionen dazu bei auf die Klimaschutzziele Deutschlands hinzuarbeiten. Wir haben uns nach intensiven Verhandlungen auf Regeln geeinigt, mit denen die Bundesregierung internationalen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen verlässlich erreichen will.

Zudem haben wir in dieser Woche auch das Gesetz zur Abschaffung des Solidaritätszuschlages für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verabschiedet. Wohlstand für viele, nicht nur Reichtum für wenige. Das ist die Voraussetzung, um den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer *Johannes Schraps*



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Wahl des SPD-Parteivorsitzes
- Seite 3** — Feierstunde des Projektes „Jeder isst mit“-in Uslar
— Stolpersteine putzen in Hameln
- Seite 4** — „Stories of Weserbergland“
— Grünkohlessen der SPD in Brünninghausen
- Seite 5** — Bundesförderung für die Bad Gandersheimer Domfestspiele
— Aktion „Gelbes Band“
- Seite 6** — Treffen mit Christian Rathjen
— Treffen mit Constantin Grosch
- Seite 7** — Ständiger Ausschuss der BSPC
- Seite 8** — Die Grundrente kommt!
- Seite 9** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 10** — „Wir brechen das Schweigen“-Hilfetelefon—Aktion

Terminauswahl

| **22. November 2019 | 18:00 - 21:00 Uhr |**
Pekeressen der SPD Uslar im

Gasthaus Meyer - Bertram, Schoningen

| **23. November 2019 | 17:30 - 21:00 Uhr |**
Grünkohlessen der SPD Hameln-Nord im
Gemeindezentrum Hohes Feld, Hameln

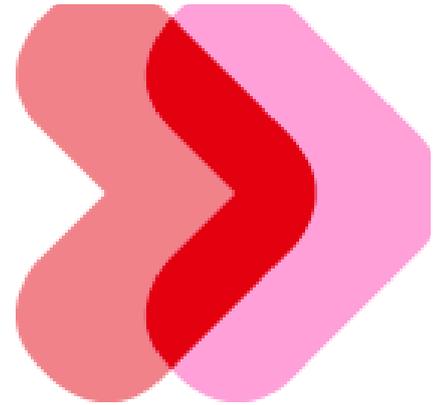
Ihr findet mich auch bei:



PARTEIVORSITZ

#UNSERESP

JETZT ENTSCHEIDEN WIR DIE ZUKUNFT



Ab morgen ist es soweit: Wir wählen eine neue Parteispitze. Die Teams Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans sowie Klara Geywitz und Olaf Scholz gehen in die finale Abstimmung aller Mitglieder um die neue Spitze der Partei, deren Ergebnis am 30. November 2019 präsen-

tiert wird. Bei der ersten Abstimmungsrunde hatte kein Team die absolute Mehrheit erreicht. Deshalb findet zwischen den beiden Erstplatzierten Teams vom 19. bis 29. November eine zweite Abstimmung statt. Beide Teams haben bereits erklärt, dass sie weiter kandidieren. Das Ge-

winnerteam wird vom Parteivorstand zur Wahl auf dem SPD-Parteitag vom 6. bis 8. Dezember vorgeschlagen. Heute findet das dritte TV-Duell statt. Ihr könnt es Euch ab 19.00 Uhr auf Phoenix anschauen.



**KLARA GEYWITZ &
OLAF SCHOLZ**



**SASKIA ESKEN &
NORBERT WALTER-BORJANS**

„JEDER ISST MIT“-FEIERSTUNDE IN USLAR

Mit einem sehr stimmungsvollen Gottesdienst und einer anschließenden Feierstunde haben wir am 10. November 2019 in einem feierlichen Rahmen das Projekt "Jeder isst mit", genannt „JIM“ abgeschlossen. Was vor mehr als acht Jahren als kleine Initiative aus Uslar und Bodenfelde an den Start ging, um allen Kindern ein warmes Mittagessen zu ermöglichen, hat bundesweite Signalwirkung gehabt. Während des Projektzeitraumes wurden ca. 136.000 Mahlzeiten bezuschusst. Es ist ein riesiger Erfolg, dass mit der Umsetzung des Starke-Familien-Gesetzes seit dem 1. August nun der Eigenanteil für ein Mittagessen von 1€ für Kinder die vom Bildungs- und Teilhabepaket profitieren, vom Bund gezahlt

wird. Meine Vorgängerin Gabriele Lösekrug-Möller, hat sich sehr für die Initiative eingesetzt eine Anhörung im Bundestag ermöglicht, bei der sie ihr beispielhaftes Projekt vorstellen konnte. Ich bin stolz, dass hier Bundespolitik aus dem Weserbergland gemacht wurde!



Foto: Ralf Jasper



Foto: Ralf Jasper

STOLPERSTEINE PUTZEN IN DER HAMELNER INNENSTADT

Am Samstagnachmittag habe ich gemeinsam mit den Jusos der SPD Hameln-Pyrmont und Bürgerinnen und Bürgern die Stolpersteine in der Fußgängerzone in Hameln geputzt. Dem Tag der

Reichspogromnacht, dem 9. November 1938 zu gedenken, an dem viele jüdische Menschen während der Nazi Herrschaft ihr Leben gelassen und unsagbar gelitten haben, ist gerade mit

steine es allein in Hameln gibt.

Blick auf heutige rechte-extreme Entwicklungen in unserer Gesellschaft un-gemein wichtig. Es macht mich immer wieder betroffen, wie viele Stolper-

Das An-denken zu be-wahren und die Stolpersteine zu säubern ist eine ganz tolle Aktion der Jusos Hameln-Pyrmont gemeinsam mit dem Arbeitskreis christlicher Kirchen, an der ich mich immer gern beteilige.



„STORIES OF WESERBERGLAND“

Am letzten Samstag fand im Okal Cafe in Lauenstein die Veranstaltung „Stories of Weserbergland“ statt. Im Mittelpunkt standen die drei Themengebiete Networking, Unternehmensgründung und Unterhaltung. Einige bekannte

Gründer berichteten von ihren Geschichten und Erlebnissen. Auch mir laufen auf meinen Terminen in meinem Wahlkreis, dem Weserbergland, immer wieder die spannendsten Geschichten vieler Menschen über den

Weg. Das Okal Café war bis auf den letzten Platz ausgebucht. dies hat mir wieder gezeigt, das Co-Working, Vernetzung und das Schaffen von Kreativräumen nicht nur etwas für Großstädte ist. Auch gerade im ländlichen



Raum gibt es viele tolle Ideen und Menschen mit innovativen Vorstellungen und interessanten Geschichten. Davon darf ich mich bei meinen zahlreichen Gesprächen jeden Tag neu überzeugen. Ich möchte mich bei Karim Yahiaoui für die Organisation dieses Events in Lauenstein bedanken und freue mich schon auf ein Treffen im nächsten Jahr.

GRÜNKOHLESSEN DER SPD IN BRÜNNIGHAUSEN

Winterzeit ist Grünkohlzeit. Und die SPD im Copenbrügger Ortsteil Brünninghausen war eine der ersten, bei deren Grünkohlessen ich am vergangenen Samstag zu Gast war. Es ist immer wieder eine gelungene Veranstaltung nicht nur für Mitglieder des Ortsvereins, sondern auch für Genossinnen und Genossen aus den benachbarten Ortsvereinen, sowie für Gäste und Interessierte. Bei der sehr gut besuchten Veranstaltung hatte ich die Möglichkeit über meinen politischen Alltag in Berlin zu berichten und Fragen zu beantworten.

Ich finde es gut, wenn wir uns in entspannter Atmosphäre und bei gutem Essen untereinander

austauschen können. Ich nehme davon ganz viel für meine Arbeit in Berlin mit.



BUNDESFÖRDERGELDER FÜR DIE GANDERSHEIMER DOMFESTSPIELE.

Die Gandersheimer Domfestspiele werden nun mit 74.000€ Bundesmitteln pro Jahr gefördert. Ich habe mich gemeinsam mit Thomas Oppermann und dem CDU Kollegen Dr. Roy Kühne intensiv für die Anhebung der Fördergelder eingesetzt. Damit haben wir für die Gandersheimer Domfestspiele nun eine deutlich langfristige Planungssicherheit geschaffen. Ich bin wirklich froh, dass der große Einsatz für ein größeres Festspielbudget erfolgreich war. Dafür war ein langer Atem notwendig.

Die Domfestspiele sind ein Aushängeschild für die kulturelle Vielfalt in unserer Region. Dies bestätigen auch die mehr als 50.000 Besucher in der letzten Spielzeit. Die Erhöhung der jährlichen Bundesförderung ist eine

Anerkennung für die hervorragende Arbeit, welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Domfestspiele Jahr für Jahr leisten. Mein Dank gilt Achim Lenz, dem Intendanten der Domfestspiele, und auch dem Geschäftsführer Thomas Groß. Beide setzen sich unermüdlich für die Gandersheimer Domfestspiele ein.

Ich freue mich schon auf spannende und kreative Stücke im kommenden Jahr und hoffe, dass ich mir Zeit für eine Vorstellung nehmen kann.



AKTION "GELBES BAND DER VERBUNDENHEIT"

Auch in diesem Jahr können leider wieder mehr als 3.000 Soldatinnen und Soldaten aus den Einsatzgebieten das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familie feiern. Der Deutsche Bundeswehrverband mit seinem Bildungswerk der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, hat gemeinsam mit der OASE-Einsatzbetreuung die Aktion „Gelbes Band der Verbundenheit“ durchgeführt. Aus diesem Grund lagen in der vergangenen Woche auf der Fraktionsebene des Reichstages gelbe Bänder aus, auf denen wir Abgeordneten Grüße hinterlassen konnten. Das Gelbe Band hat die Intention,

Wertschätzung, Respekt und Anerkennung gegenüber den Soldatinnen und Soldaten im Dienst unseres Landes auszusprechen. Auch Soldatinnen und Soldaten aus dem Panzerpionierbataillon in Holzminden verbringen immer wieder die Weihnachtstage im Auslandseinsatz, wenn ihre Präsenz dort notwendig ist. Natürlich habe ich mich auch wieder an der Aktion beteiligt und meine Wertschätzung und Anerkennung damit zum Ausdruck gebracht. Die Unterschriften wurden von Vertretern des Deutschen Bundeswehrverbandes entgegengenommen.



TREFFEN MIT CHRISTIAN RATHJEN VOM LANDESTRACHTENVERBAND NIEDERSACHSEN

Letzte Woche hat mich Christian Rathjen, Schatzmeister und Vorstandsmitglied des Landestrachtenverbandes Niedersachsen e.V., im Bundestag besucht. Christian erzählte mir, wie die Trachtenverbände in großen Teilen Niedersachsens traditionelle Volkstänze aufführen, sowie die jahrhundertealte Tracht bewahren und dies an jüngere Generationen weitergeben. Sehr gut finde ich die Botschaft des Landestrachtenverbands sich klar und eindeutig gegen rechtes Ge-

dankengut abzugrenzen. Der Verband bekennt sich vielmehr dazu, dass er bunt, vielseitig und welt offen ist. Ich habe mich über den Besuch von Christian, sowie über die aktuelle Ausgabe „Utkiek“, sehr gefreut.



CONSTANTIN GROSCH ZUM RISG IN BERLIN

Am Mittwoch war Constantin Grosch bei mir in Berlin zu Gast. Constantin ist nicht nur Patientenvertreter im gemeinsamen Bundesausschuss, stellv. Fraktionsvorsitzender unserer SPD-Kreistagsfraktion in Hameln-Pyrmont, bringt sich im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Muskelkranke und bei AbilityWatch e.V. ein, die sich für die Belange von Menschen mit Behinderung einsetzt. Ich hatte ihm ein Gespräch mit Bärbel Bas, unserer gesundheitspolitischen Sprecherin organisiert. Dadurch konnte Constantin direkt bei Bärbel und bei mir seine Bedenken hinsichtlich des Gesetzesentwurfes zum „Reha- und Intensivpflege-stärkungsgesetz“ des CDU-geführten Bundesgesundheitsministeriums loswerden, der aus seiner Sicht einige problemati-

sche Definitionen im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen enthält. So sollen bestimmte Personengruppen wie Patienten unter dauerhafter Beatmung und Wachkomapatienten de facto von einem Anspruch auf häusliche Pflege ausgeschlossen werden. Wir stimmen mit Constantin überein, dass diese Menschen auch weiterhin einen Anspruch auf ambulante Versorgung im gewohnten Umfeld haben sollten. Während des weiteren Gesetzgebungsprozesses werden wir mit Constantin in engem Austausch bleiben, um sicherzustellen, dass



auf die Belange von Menschen mit Behinderungen ausreichend Rücksicht genommen wird.

STÄNDIGER AUSSCHUSS DER OSTSEEPARLAMENTARIERKONFERENZ IN BERLIN

Am vergangenen Montag habe ich zum ersten Mal in meiner Rolle als Leiter der Bundestagsdelegation bei der Ostseeparlamentarierkonferenz die Sitzung des Ständigen Ausschusses als Gastgeber in Berlin empfangen dürfen. Unser inhaltlicher Schwerpunkt lag auf dem Thema Munition in der Ostsee. Bereits bei der Jahrestagung der Ostsee-

parlamentarierkonferenz im August 2019 hatten wir diese Problematik thematisiert. Momentan rotten geschätzte 300.000 Tonnen versenkte Munition in der Ostsee vor sich hin, schädigen Meerestiere und können natürlich zunehmend auch Menschen gefährden. Wir haben zwei Experten zu diesem Thema eingeladen: Jann Wendt und Anne Ja-

cobs-Schleithoff. Jann Wendt ist Geschäftsführer der EGEOS GmbH, eines Kieler Start-Ups, das eine Software entwickelt hat, die Standorte von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee erfasst und eine Risikobewertung für Forscher, Behörden und die Wirtschaft möglich macht. Anne Jacobs-Schleithoff ist Leiterin der Abteilung Maritime Wirtschaft im Wirtschaftsministerium und hat vom Projekt „Munitionsbergung im Meer“ des BMWI berichtet. Es war mir eine große Ehre die Sitzung des Ständigen Ausschusses in Berlin auszurichten und meine Kolleginnen und Kollegen aus Lettland, Polen, Finnland, Norwegen, Litauen, Russland sowie aus Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg zu begrüßen. Wir waren uns einig, dass wir das Thema Munition weiterhin als Schwerpunkt behandeln wollen und haben nächste Schritte vereinbart.



HINTERGRUNDINFORMATION

Die Ostseeparlamentarierkonferenz, Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie wurde 1991 auf Initiative des damaligen finnischen Parlamentspräsidenten gegründet mit dem Ziel, eine engere Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten zu fördern. Zu Beginn standen umweltpolitische Themen und Fragen der maritimen Sicherheit im Vordergrund, heute werden auch wirtschafts- und sozialpolitische Fragen ebenso wie Fragen zum Klimawandel und der Energiepolitik von den Teilnehmerstaaten diskutiert. In der Ostseeparlamentarierkonferenz sind die Parlamente aus Deutschland, Russland, Dänemark, Estland, den Färöer-Inseln, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Polen, Schweden und Norwegen, den Åland Inseln, den Hansestädten Bremen und Hamburg, der Region Kaliningrad, der Republik Karelien, der Stadt St. Petersburg, der Region Leningrad, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein vertreten. Zu dem nehmen der Nordische Rat, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament und der Europarat teil.

DIE GRUNDRENTE KOMMT!

Es geht um Würde, Respekt und Anerkennung. Denn manche Menschen können von ihrer Rente im Alter nicht leben – obwohl sie viele Jahre lang gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben. Wenn sie über eine lange Zeit nur einen sehr niedrigen Lohn bekommen haben, reicht das Geld nicht

für eine auskömmliche Rente. Sie können dann zusätzlich die sogenannte Grundsicherung im Alter beantragen. Im Ergebnis haben sie aber nicht mehr Geld, als wenn sie ihr Leben lang gar nicht gearbeitet hätten – und müssen möglicherweise ihre Ersparnisse erst verbrauchen, bevor sie Unterstützung bekommen. Das ist ungerecht und wür-

delos. Denn Leistung sollte sich schließlich auch lohnen. Deswegen heisst es nun: Wer 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat künftig Anspruch auf die Grundrente, wenn ansonsten die Rente zu niedrig wäre. Auch Jahre, in denen die eigenen Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt wurden, werden berücksichtigt.

Beispiele:



Bauingenieurin aus Leipzig

Cathrin ist Bauingenieurin aus Leipzig. Sie hat bis zur Wende gut verdient. Dann jedoch ging die Firma insolvent und Cathrin war ein paar Jahre arbeitslos, bis sie als Angestellte in unterschiedlichen Bereichen wieder Arbeit fand - allerdings unterhalb ihrer Qualifikation. Mit dem Verdienst kam sie zwar einigermaßen zurecht, doch beläuft sich ihre Altersrente nur auf 746 Euro (brutto). Da sie (trotz der Arbeitslosigkeit) insgesamt auf über 35 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung kommt, hat die Leipzigerin eine Gesamtrente in Höhe von 941 Euro.

Frisörin

Eine Friseurin, die 40 Jahre auf dem Niveau von 40 % des Durchschnittslohns voll gearbeitet hat, kommt derzeit auf eine monatliche Rente von 528,80 Euro. Mit der Grundrente bekommt sie über 400 Euro mehr und damit eine Monatsrente von 933,66 Euro.



THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Klimaschutz wird Gesetz

Das Bundes-Klimaschutzgesetz ist das Herzstück unserer Klimaschutzmaßnahmen um langfristig bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Es definiert erstmals in der Geschichte unseres Landes gesetzlich verbindliche Klimaschutzziele für die einzelnen Sektoren bis 2030, die auch für zukünftige Regierungen verpflichtend sind. Jährlich wird kontrolliert, ob bei Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Energie und Industrie ausreichend Treibhausgase eingespart werden oder ob nachgelegt werden muss. Die Einführung eines Brennstoffemissionshandel ist ein wichtiger Baustein um die Ziele zu erreichen. Künftig sind die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung von Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel gedeckelt und mit einem ansteigenden Preis versehen. Dafür führen wir ab 2021 ein sogenanntes nationales Emissionshandelssystem für die Sektoren Wärme und Verkehr ein. Verlässliche Preise für schädliche Treibhausgase werden es Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen ermöglichen, sich auf die Entwicklung einzustellen. Zu Beginn wird die Tonne CO₂ 10 Euro kosten und bis 2025 auf 35 Euro pro Tonne steigen. Das bedeutet: Klimaschädliche Alternativen werden moderat, aber stetig teurer. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden voll-

ständig in Klimaschutzmaßnahmen reinvestiert oder den Bürgerinnen und Bürgern zurückgegeben. Beispielsweise wird die EEG-Umlage Jahr für Jahr um etwa eine Milliarde Euro gesenkt, wodurch die Strompreise sinken und klimafreundliche Alternativen künftig günstiger werden. Und wir erhöhen das Wohngeld und sorgen dafür, dass der CO₂-Preis nicht vollumfänglich auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden darf, da sie nur begrenzten Einfluss auf ihre Heizkosten haben.

Das Klimaschutzprogramm 2030 setzt die klimapolitischen Ziele unter diesen Vorgaben in konkrete Maßnahmen um. Insgesamt stellen wir 54 Mrd. Euro in den nächsten vier Jahren zur Verfügung, um in saubere Mobilität und Energieversorgung, in effiziente Gebäude und in Forschung und Entwicklung zu investieren. Diese Woche stehen insbesondere die steuerlichen Änderungen, die sich aus dem Klimaschutzprogramm 2030 ergeben, im Mittelpunkt der parlamentarischen Beratungen. Das beginnt bei der steuerlichen Förderung für energetische Sanierungsmaßnahmen an selbstgenutztem Wohneigentum, Entlastungen für Pendlerinnen und Pendler und hört bei der Absenkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets von 19% auf 7% für mehr klimafreundliche Mobilität

noch lange nicht auf. Im Gegenzug zu günstigeren Bahnpreisen werden Flüge teurer. Denn wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger unterstützen, sich für klimafreundliche Alternativen entscheiden zu können. Das wird unter anderem mit der Änderung des Luftverkehrssteuergesetzes verfolgt. Insgesamt werden über die Umsetzung des Klimaschutzprogramms im Steuerrecht weitere Einzelmaßnahmen und steuerliche Änderungen auch in anderen Gesetzen vorgenommen. Ein Beispiel dafür ist die steuerliche Förderung der Anschaffung eines Elektroautos.

Klimaschutz betrifft alle Bereiche unseres Alltags. Darum haben wir auch ein so umfassendes Klimapaket geschnürt. Wir haben viele für uns wichtige Punkte gegen teils große Widerstände in den Verhandlungen durchgebracht. Es gibt nun einen gesetzlich verbindlichen Reduzierungsweg für Treibhausgase, an dem nicht zu rütteln ist. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass es uns gelingen wird, die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitzunehmen. Das Klimaschutzprogramm 2030 ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer innovativen, wirtschaftlich erfolgreichen, sozial gerechten und klimaneutralen Gesellschaft. Weitere Wegmarken werden folgen. Wir sind bereit diese zu setzen.

WIR BRECHEN DAS SCHWEIGEN

Gewalt gegen Frauen wird oft bagatellisiert oder ignoriert. Die Folge: Betroffene sprechen aus Scham und Angst nicht über das Erlebte. Das wollen wir ändern. Darum heißt es am 25. November 2019 wieder „Schweigen brechen“. Mit der Mitmachaktion "Wir brechen das Schweigen" ermutigt das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen alle Bürgerinnen und Bürger, ein Zeichen zu setzen. Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen bringt das Hilfetelefon das Thema dahin, wo es hingehört:



auf die öffentliche Tagesordnung. Ich unterstütze sehr gerne auch dieses Jahr wieder die Kampagne des Hilfetelefons. Jeden Tag erleben Frauen in unserem Land Gewalt. Wir dürfen die Augen davor nicht verschließen. Gewalt droht

Frauen oft gerade dort, wo sie sich besonders geborgen fühlen sollten: zu Hause. Viele betroffene Frauen schämen sich und es fällt ihnen schwer, über das Erlebte zu reden. Doch reden kann helfen. Es gibt viele Einrichtungen,

die Frauen unterstützen, sich dauerhaft aus einer Gewaltsituation zu befreien. Eine davon ist das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“, das jeden Tag rund um die Uhr erreichbar ist.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann